

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Offene Unternehmensbeteiligungen als Wirtschaftsförderinstrument nutzen**

Die Freie Hansestadt Bremen (FHB) verfügt in der Wirtschaftsförderung neben Zuschüssen und Darlehen über Finanzierungsinstrumente, die Firmen durch die Bereitstellung von Kapital unterstützen. So können Unternehmen z. B. eine Eigenkapital ersetzende sogenannte stille Beteiligung erhalten, um eine Basis für weiteres Geschäftswachstum zu schaffen. Ähnlich wie bei einem Darlehen muss eine stille Beteiligung verzinst und zurückgezahlt werden. Entwickelt sich das Unternehmen positiv, fließt der Betrag an die öffentliche Hand zurück und kann für neuerliche Beteiligungen eingesetzt werden. Scheitert das geförderte Unternehmen, kann – wie bei der Darlehensförderung – auch das eingesetzte Kapital oder ein Teil davon verloren gehen.

Stille Beteiligungen können von Unternehmen eigenkapitalähnlich genutzt werden und sind für die Beteiligungsgeber mit darlehensähnlichen Risiken verbunden. Sie begrenzen allerdings die Erfolgsbeteiligungsmöglichkeiten der Beteiligungsgeber. Über Zinserträge hinausgehende Renditechancen bieten nur offene Beteiligungen. Wenn öffentlich geförderte Unternehmen sich deutlich positiv entwickeln, profitiert die öffentliche Hand nur dann angemessen, wenn sie am Gesellschaftskapital beteiligt ist. Hier sind höhere Rückflüsse als bei stillen Beteiligungen und entsprechend zusätzlich für die Wirtschaftsförderung nutzbare Erträge durchaus denkbar.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf zu prüfen, in welchem Umfang offene Beteiligungen am Eigenkapital von expansionsorientierten Unternehmen als Instrument der bremischen Wirtschaftsförderung sinnvoll und möglich sind. Dabei soll auch geprüft werden, welchen Umfang ein revolvingender Fonds für offene Unternehmensbeteiligungen haben müsste.
2. Der Senat wird darüber hinaus gebeten zu prüfen, ob und in welcher Weise sich auch private Partner an einem solchen Fonds beteiligen können.

Andreas Kottisch, Max Liess,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Frank Willmann,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen